

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 6246

Postfachkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598

Kollegen!

Die sozialen Gegensätze verschärfen sich immer mehr, und wir müssen für die Zukunft mit schweren Kämpfen rechnen. Nützt die Zeit zu reger Werbetätigkeit für den Verband!

Der Volkentscheid.

Ein politisches Ereignis ersten Ranges liegt hinter uns, auf und Resultat des Kampfes für die entschuldigungs-Enteignung der Fürsten sind der Betrachtung erschlossen. 20. Juni haben von 80 000 000 Stimmberechtigten 4 159 000 Männer und Frauen ihre Stimme für den Enteignung bezweckenden Gesetzesentwurf abgegeben, 728 haben mit Nein gestimmt und 559 408 Stimmen ungenügend.

Damit ist der Gesetzesentwurf abgelehnt. Da — ob Recht oder Unrecht, soll hier nicht erörtert werden — angenommen wurde, das zur Abstimmung gestellte Gesetz sei eine Aenderung der Verfassung zu betrachten, um den Entwurf im Volkentscheid zur Annahme zu lenken, notwendig gewesen, daß mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten mit Ja gestimmt hätte. Auch wenn der im Volksbegehren erhobenen Forderung verfassungsändernde Wirkung beigegeben wird, muß sich die Hälfte der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligen, damit ein Gesetzesentwurf im Volkentscheid beschloß erhält. Beide Bedingungen sind durch die Ablehnung vom 20. Juni nicht erfüllt. Die Hälfte der Stimmberechtigten wird mit 10 845 278 berechnet, die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen beträgt jedoch nur 4 887 000.

Das unmittelbare Ziel des Kampfes gegen die unveränderten Vermögensansprüche der Fürsten, das mit dem Volksbegehren und dem Volkentscheid verfolgt wurde, ist also nicht erreicht. Aber es wäre verfehlt und gäbe kein zureichendes Bild der politischen Bedeutung der Abstimmung, wenn man das Abstimmungsergebnis nur unter diesem Gesichtspunkt wertet.

Die rund 14 1/2 Millionen Ja-Stimmen würden genügen, 40 Abgeordnete in den Reichstag zu wählen, also unter die Hälfte aller Reichstagsmandate zu gewinnen; sie übersteigen um mehr als eine Million die Zahl der Wähler aller Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten. In den 14 1/2 Millionen Ja-Stimmen sind außer den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgegebenen Stimmen ungefähr 10 Millionen Stimmen aus allen bürgerlichen Parteien enthalten und wenn auch nicht die erforderlichen 50% aller Stimmberechtigten mit Ja gestimmt haben, so betragen die abgegebenen Stimmen doch rund 36% der Stimmberechtigten.

Ein zutreffendes Bild von der Bedeutung dieser Abstimmung erhalten wir erst, wenn wir den Kampf um den Volkentscheid und sein Resultat im Zusammenhang mit der politischen Situation betrachten.

Das Objekt der politischen Kämpfe der letzten Monate ist nicht nur die Frage der Abfindung oder Enteignung der Fürsten. Vor allem bemühten die Gegner der Republik den Kampf um diese Frage als Gelegenheit, wie die Art ihrer Gegenargumentation deutlich zeigt, die letzten Ziele in der Frage der Staatsform zu verfolgen. Darum haben sich im Verlaufe des Kampfes für die Enteignung der Fürsten die politischen Gegensätze heftiger und heftiger entzündet. Darum ist die Frage der Abfindung oder Enteignung zum politischen Kernproblem geworden, in dessen Sphäre die Gestaltung der Verfassungsfrage, der Reichstagsauflösung, ja selbst der Reichskrise umgehen — und darum muß die Frage der Abfindung und endgültig ihrer Lösung zugeführt werden. Dabei hat zunächst der Reichstag das Wort. Die Verhandlungen der letzten Monate sind also mit dem 20. Juni nicht abgeschlossen und in den kommenden weiteren politischen Auseinandersetzungen wird die Stimmenmasse der 14 1/2 Millionen trotz aller Versuche der Rechtsparteien, das

politische Ergebnis der Aktion zu verkleinern, ihre große Bedeutung als politischer Faktor geltend machen. Daran ist der Wert des Abstimmungsergebnisses zu messen.

Die Gegner der Republik sind sich dieser Sachlage durchaus bewußt. Dieselben politischen Kreise, die beim Volksbegehren noch glaubten, der gegen die wahrhaft „fürstlichen“ Ansprüche ehemaliger Potentaten gerichteten Aktion am besten mit Stillschweigen begegnen zu können, haben beim Volkentscheid nicht ohne Grund noch in letzter Stunde alle ungerade Mittel politischer Täuschung und wirtschaftlichen Terrors angewandt, um ihrer „gerechten Sache“, der Sache der Fürsten zu dienen. Sie haben zunächst durch die Parole der Stimmenthaltung das Wahlgeheimnis zerstört, um darauf alle Abstimmenden innerhalb ihres Machtbereiches mit dem brutalsten wirtschaftlichen Terror zu bedrohen, so daß Hunderttausende nicht wagen durften, an den Abstimmungen teilzunehmen. Wie dieser Terror auf dem Lande gewirkt hat, mögen wenige Zahlen zeigen. Während in Berlin, Weipzig und Hamburg über 50%, in andern Wahlkreisen, wie Chemnitz, Dresden, Hannover, Hessen-Nassau, Darmstadt und einigen weiteren, 40 bis 50% der Stimmberechtigten mit Ja gestimmt haben, konnte in den als deutsche Wendee aussersehen Gebieten, im Machtbereich ostelbischer Junker: in Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg nicht einmal die Stimmzahl der Sozialdemokraten und Kommunisten bei den letzten Reichstagswahlen für das Ziel des Volkentscheides gewonnen werden.

Diese Feststellung enthält eine Lehre. Sie zeigt, wie ungemein schwer es ist, mit dem jetzt zum ersten Male in Deutschland angewandten Mittel der direkten Gesetzgebung durch das Volk ein bestimmtes Ziel der Gesetzgebung zu erreichen, und es ist keine Verkleinerung der politischen Waffe der direkten Gesetzgebung, wenn wir darauf hinweisen, daß diese Waffe, im Angriff gebraucht, dem strupellosen Gegner zugleich starke Mittel der Abwehr in die Hand geben kann. Diese Feststellung zeigt aber zugleich, daß das allgemeine politische Gewicht des Abstimmungsergebnisses noch wächst, wenn man sich die durch den auf dem Lande geübten Terror verhinderten Ja-Stimmen zu den 14 1/2 Millionen hinzudenkt.

Die Gewerkschaften haben an dem Kampfe, der nun hinter uns liegt, den lebhaftesten Anteil genommen. Mit ungezählten Artikeln und Aufrufen hat die weitverbreitete Gewerkschaftspressen in der Front gestanden. Dieser Hinweis genügt, um die alberne Behauptung der „Rechten“ zurückzuweisen, der Bundesvorstand und der Deutsche Arbeiterverband hätten sich mäßig gezeigt in der Verbreitung von Aufklärung und in der Abwehr des Terrors der Monarchisten. Wir beschränken uns auf den Hinweis, weil wir es als ein der Sache nicht würdiges Beginnen ablehnen, eine kleinliche Rechnung aufzustellen über die Frage, wer mehr zur Erzielung des erstrienen Erfolges oder zur Verhinderung eines größeren beigetragen hat: die Gewerkschaften oder die Kommunisten.

Obwohl die nächsten Ziele der Gewerkschaften vor allem auf die Gestaltung des sozialen Inhalts des Staatswesens gerichtet sind, muß sich ihre Aufmerksamkeit doch auch den Kämpfen um die Form des Staatswesens zuwenden. Der soziale Inhalt des Staates und seine verfassungsmäßige Form vermögen sich nur in gegenseitiger Wechselbeziehung vorwärts — vorwärts im Sinne der Gewerkschaften — zu entwickeln. Wie im allgemeinen die demokratische und republikanische Staatsform für die auf die Gestaltung des sozialen Inhalts des Staates gerichtete Tätigkeit der Gewerkschaften bessere Voraussetzungen bietet, als die von den Rechtsparteien erstrebte, so werden die Gewerkschaften auch jede einzelne politische Frage darauf prüfen und ihr Inter-

esse daran in erster Linie danach bestimmen, welcher Art der Lösung der betreffenden Frage ihren besonderen Bestrebungen förderlich oder hinderlich ist. Aus diesem Zusammenhang erklärt es sich, daß sich an den Auseinandersetzungen der letzten Wochen Persönlichkeiten und Gruppen aus dem Lager der den bürgerlichen republikanischen Parteien, dem Zentrum und den Demokraten, zugehörigen Gewerkschaften (im Widerspruch zu den Weisungen ihrer Parteien) für die Abstimmung und für das Ja erklärten, während zugleich Persönlichkeiten aus dem Unternehmertum und die sogenannten „vaterländischen Arbeiter- und Werkvereine“ auf der andern Seite nicht nur gegen die Enteignung, sondern auch gegen das Volkes Recht auf freie Abstimmung sich einsetzten.

Diese Formierung der Kampfesfronten wird auch in den bevorstehenden Auseinandersetzungen über das gleiche Objekt die gleiche sein. In diesen Kämpfen hat nun — wir sagten es schon — zunächst der Reichstag das Wort. Was dann weiter folgt, hängt von der Entscheidungsfähigkeit dieses Reichstages ab, und es ist nicht unmöglich, daß das, was der Reichstag jetzt leistet, wiederum bestimmend ist für sein eigenes Schicksal. Was aber auch folgen mag, die Gewerkschaften werden auch bei der weiteren Entwicklung der Dinge nicht untätig bleiben.

Die Seltamine setzt sich in Bewegung.

Die Sünden der Regierung Luther machen sich bemerkbar. Die Zollgesetzgebung tritt wieder in ein entscheidendes Stadium. Man erinnere sich der Vorgänge von vor einem Jahr. Die deutsch-national stark durchsetzte Reichsregierung glaubte, den Landwirten entgegenkommen zu müssen und setzte Zollsätze für Getreide, Lebensmittel, Rohstoffe und Futtermittel fest, die weit über die Warzburgerzeit in der Vorkriegszeit hinaus gingen. Betrugten diese für eine Tonne Weizen und Roggen 55 M beziehungsweise 50 M, so sollten sie nach dem neuen Gesetzesentwurf 75 beziehungsweise 70 M betragen. Um die Zentrumsarbeiten zur Zustimmung zu bewegen, wurde auf ein Jahr, bis zum 31. Juli 1926, eine Ermäßigung der Zollsätze von 3 M pro Doppelzentner Roggen und 3,50 M pro Doppelzentner Weizen festgesetzt. Jedoch mit der Maßgabe, daß, wenn inzwischen ein gültiger Handelsvertrag abgeschlossen würde, die dort festgelegten Zollsätze am 1. August 1926 automatisch in Kraft treten sollten. Die Zeit läuft in wenigen Wochen ab. Nun geht es um die Frage, ob der erwähnte Warzburger Zoll von 7,50 beziehungsweise 7 M oder der inzwischen durch den Handelsvertrag mit Schweden festgelegte von 6,50 beziehungsweise 6 M in Kraft treten soll oder ob die bisher ermäßigten Sätze weiter bestehen sollen.

Was bringt nun der gegenwärtig im Reichstag zur Ratifizierung vorliegende deutsch-schwedische Handelsvertrag? Um die für das arbeitende Volk wichtigsten Positionen herauszugreifen, würden, falls der Schwedenvertrag in Kraft treten sollte, ab 1. August folgende Veränderungen für 100 kg eintreten:

	Bisheriger Satz	Nach dem Schwedenvertrag
Roggen	3,— M	6,— M
Weizen	3,50 „	6,50 „
Fruggerste	3,— „	5,— „
Futtergerste	1,— „	5,— „
Mais	2,20 „	5,— „
Reis, unpoliert	2,50 „	4,— „
Malz, ungebrannt	6,80 „	13,75 „
Bohnen, Erbsen, Linsen	1,50 „	2,50 „
Butter	22,50 „	30,— „
Mehl	8,— „	18,75 „
Sakermehl	10,— „	18,75 „
Büchsenmilch	40,— „	75,— „

Die Sätze des Schwedenvertrages liegen durchschnittlich um das Doppelte höher als die bisherigen Sätze. Wenn dieser Handelsvertrag ohne jede Aenderung (Aenderungen von Handelsverträgen werden bei der Ratifizierung durch das Parlament selten vorgenommen) im Reichstag zur Annahme kommt, dann würde in den nächsten Wochen eine gewaltige Preiswelle über das deutsche Volk rajen und den Lebensstandard der breiten Massen weit herunterdrücken. Die landwirtschaftlichen Produkte bewegen sich in der letzten Zeit in steigender Richtung nach oben. Die sogenannte Preis-schere, das heißt der Unterschied zwischen Agrarprodukten

und industriellen Fertigprodukten ist geschlossen, die Agrar-erzeugnisse stehen im Preise zur Zeit sogar etwas über den industriellen Produktion. Wenn nun noch die verdoppelten Zölle ihre Wirksamkeit ausüben oder gar noch eine Mizerante in Deutschland hinzukommen würde, dann sind die Folgen angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse gar nicht auszubedenken.

Wie sehr die Regierung mit Blindheit geschlagen ist, ersieht man an den Zollsätzen für Futtermittel. Man spricht seit langem von der Nationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion, man hebt die Konwendigkeit hervor, daß die Landwirtschaft mehr zur Erzeugung der Fertigprodukte (Fleisch, Milch, Milchprodukte usw.) übergehen müsse. Das Gegenteil wird durch die Sätze des Schwedenvertrages erreicht, was an der Erhöhung der Sätze für Futtermittel, Mais, Bohren, Erbsen, Linjen, Futterweizen, Lupinen, Weizen usw. zu ersehen ist. Die Viehzüchtende Bauernschaft hat aus diesem Grunde bereits gegen die durch den Schwedenvertrag erkennbare Zollpolitik der Zukunft Protest erhoben. Die Folge dieser Zölle wird sein, daß die in kleinen Betrieben lokalisierte Schweinemast zurückgeht und der ohnehin zu knappe Fleischvorrat noch knapper wird. Wir hatten im Vorjahre eine Rekorderte an Roggen und Kartoffeln, dennoch ist dies in einer erhöhten Schweinemast nur wenig zum Ausdruck gekommen, im Gegenteil wurden die Preise gesteigert, weil daneben billige Futtermittel aus dem Auslande fehlten. Kann man sich eine sinnlosere Politik im Zeitalter einer beispiellosen Wirtschaftskrise denken?

Und nun das verurteilte Einfuhrzollsystem! Dieses bleibt natürlich auch nach dem 1. August in Wirksamkeit. Die Einfuhrzölle sind eine spezifisch deutsche Einrichtung; sie dürften in ähnlicher Form in keinem Lande zu finden sein. Sie geben dem Exporteur oder dem Großlandwirt das Recht, bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte den jeweils gültigen Zollsatz zu erhalten. Dadurch wird das Preisniveau der landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland stets um den Zollsatz höher als die Preisbildung am Weltmarkt sein. Es besteht die außerordentlich große Gefahr, daß jetzt Getreide in Massen zu den gegenwärtig geltenden niedrigen Sätzen eingeführt wird, allein zu dem Zweck, es nach der Erhöhung der Zollsätze wieder auszuführen. Die Folge wäre eine maßlose Bereicherung der Exporteure und Landwirte auf Kosten des Reichs, mithin der Allgemeinheit. Ein Beispiel soll dies klar machen: 1000 Tonnen Weizen jetzt eingeführt und nach den Sätzen des Schwedenvertrages später wieder zur Ausfuhr gebracht, würden dem Exporteur einen glatten Verdienst von 35 000 M. erbringen. Riesengeschäfte unlauterer Art können also in den nächsten Wochen gemacht werden; deshalb auch die Eile, mit der man die Zollgesetzgebung zum Abschluß zu bringen versucht. Jedenfalls besteht die Gefahr, daß Deutschland vor dem Hereinbringen der neuen Ernte von Getreide vollständig entblößt werden kann.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben diese Katastrophenspolitik früh genug erkannt und in einer Eingabe an Regierung und Reichstag am 16. Juni davor gewarnt. Die Gewerkschaften beantragen, die durch den § 6 des Zollgesetzes vom 17. August 1925 vorgesehenen Ermäßigungen für die wichtigsten Lebensmittel mindestens für vier weitere Monate in Gültigkeit zu lassen. In der Eingabe heißt es unter anderem: „Der § 6 des Gesetzes hatte den Zweck, die volle Auswirkung der Zölle auf die Preisgestaltung nur allmählich und in einer wirtschaftlich günstigeren Zeit herbeizuführen. Diese wirtschaftlich günstigere Lage ist aber zur Zeit angesichts der seit mehr als einem halben Jahr vorhandenen Wirtschaftskrise nicht gegeben. Die Zahl der erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger hat sich seit der Zeit, wo das Zollgesetz beschlossen wurde, fast verdreifacht, die Zahl der Kurzarbeiter vervierfacht. Infolgedessen ist die Kaufkraft der besitzlosen Verbraucher Massen dermaßen geschwächt, daß die höheren Zölle eine für die ärmste Bevölkerung weitere Belastung darstellen würden, die in der Tat unerträglich wären.“

Mensch und Technik.

Mit der kapitalistischen Produktionsweise ist nicht nur die menschliche Arbeit in anteillos zu verrichtende Teilarbeit herabgewürdigt, sondern der Mensch selbst ist zu einem jeelen Werkzeug einer ungeheuren Maschine geworden. Ein ununterbrochenes Hasten und Jagen nimmt den Menschen von heute gefangen. Geldverdienen ist vielfach die einzige Lösung. Der Tanz um das goldene Kalb reizt einen großen Teil der heutigen Menschheit in ihren Bann. Hingung, Habguth, Eß und Reich sind die Folge. Alle guten Eigenschaften, jeder tiefere Sinn des menschlichen Lebens wurde von jenen ergebnananten Eigenschaften unterdrückt. Der ungeahnte Fortschritt in der heutigen Technik, der dem Menschen Erleichterung seines Daseins bringen sollte, hat den Menschen zu einem gepeinigten Sklaven der Maschine gemacht.

Da erscheint ein Buch zur rechten Zeit, das einen Angestellten des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Johann Grötrupp, zum Verfasser hat: „Mensch und Technik“ (Verlag der technischen Angestelltenvereine, Berlin NW 40). „Der heutige Mensch krank an einem unheilbaren Dualismus. Der intellektuelle Geist hat sein Leben in eine materielle Zwangswelt gedrängt, in der die Gesühswelt unserer Ahnen keinen Platz mehr hat. Alles, was einst dem ganzen Leben des Menschen Inhalt gab, was die menschliche Seele höher führen ließ, hat nur noch kümmerliche Reste in der „Arbeits-“ in den Feierstunden, die im Allgemeinen über die Grenzen des Tempels und der Feierstunden hinaus nicht in das tägliche Leben hinauswirkte.“ So heißt es im Vorwort des Buches.

Die Arbeit war es, die den Menschen jenen höheren Rang ins Gedächtnis rief und ihn verpflichtete. Die Arbeit, das Arbeitstempo der ersten wirtschaftlich tätigen Menschen, hat den ersten Gemeinwesenstypus aufbauen lassen. Die Arbeit ist auch die Grundlage aller späteren Gemeinwesenstypen gewesen. Der Mensch will, muß erkennen, daß alle wirklich schöpferischen Gemeinwesenstypen in der Arbeit des Menschen gewurzelt haben. Auch heute stehen wir ergriffen vor den Zeugen der mittelalterlichen Weltkunst. Vor den Kirchenbauten, vor ihrer Schöpfung verhalten die Schöpfungen unserer modernen Technik. Der Mensch des Arbeitstempels einer jeelich ver-

Man wird sehen, wie die bürgerlichen Parteien auf das dringende Ergehen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände reagieren. Aber schon jetzt muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß jetzt oder später erhöhte Zollsätze in Kraft treten. Die Folge ist eine enorme Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung. Wenn man die Kraftentfaltung der Arbeiterkraft bei der Abstimmung um die Fürstentragung, die einen gewissen Aufschub zu den Zollkämpfen bildete, in Betracht zieht, ist man nicht allzu ruhig gestimmt. Und wie ist es mit den Unterstützungen der immer mehr anschwellenden Erwerbslosen? Will man diese Opfer der Krise etwa dem Hunger-tode preisgeben oder sie zur Verweissung bringen? Wir fühlen uns verpflichtet, hier sehr eindringlich davor zu warnen, den Bogen zu überspannen. Der Pfeil könnte auf den Schützen zurückprallen.

Am Ende, Arbeitsgenossen in Fabriken, Werkstätten und Bureauplätzen, liegt wieder einmal die Entscheidung. Ihr könnt das Altentat auf eure Tische abenden, wenn Ihr nur einig seid und geschlossen hinter eure Gewerkschaften tretet. Die Zollwonne hebt sich wieder in Bewegung, geht acht, daß Ihr nicht von ihr verschüttet werdet.

Gewerkschaftsbewegung und Achttundentag.

Zu diesem aktuellen Thema macht Peter Grafmann, der 2. Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anlässlich des bevorstehenden 25jährigen Jubiläums der „Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale“ folgende beachtenswerte Ausführungen:

Die Lage der arbeitenden Klasse in jedem Lande ist weniger abhängig von dem Maß politischer Freiheit, dessen sich das betreffende Volk erfreut, als von dem Einfluß, den die Arbeiterklasse auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ausüben vermag. So wertvoll der Stimmzettel ist, den der Arbeiter bei Wahlen zur Legislative zugunsten des sozialen Fortschritts abgibt — dauernde Erfolge, namentlich in bezug auf die Respektierung sozial-fortschrittlicher Gesetze sind nur dort zu erzielen, wo die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, als starke Faktoren Gesetzgebung und Verwaltung vorwärtsstreben und kontrollieren. Vielfach sanktionieren Gesetze nur einen bereits praktisch erreichten Zustand.

Das ist bestimmt der Fall in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Wenn nach Beendigung des Weltkrieges in einer Reihe von Staaten der Achttundentag seine mehr oder minder prägnante gesetzliche Fignierung erfuhr, so handelt es sich weniger um Ergebnisse politischer Umwälzungen oder um Maßnahmen, die aus Bejahung vor solchen erfolgten, sondern vielmehr um die gesetzliche Anerkennung bereits vorausgegangener gewerkschaftlicher Errungenschaften. Umgekehrt zeigt — als Beweis für die Wichtigkeit des Vorstehenden — die seit 1922 einsetzende Schwächung der Position der Arbeiterklasse, daß mit den Schäden aus der Verschlechterung der Währung, aus Wirtschaftswirrigkeiten, aus der Uneinigkeit der Arbeiterkraft usw. usw. auch das Sinken der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit untrennbar verbunden sind. Auch die besten Gesetze sind auf die Dauer unwirksam, wenn die Macht der Arbeiter nicht ausreicht, ihre strikte Durchführung zu überwachen.

Es bedeutet daher keine negierende Kritik an internationalen Übereinkommen und Einrichtungen, wenn man behauptet, daß trotz des Vorhandenseins beider der Stand des Achttundentages bis zu einem gewissen Grade der Wertmesser für den Stand der Gewerkschaftsbewegung ist. Gibt man das zu, so kann man nicht leugnen, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren Terrain verloren hat, das sie zurückgewinnen muß. Den kulturellen Wert des Achttundentages erneut zu beweisen, wäre mehr als überflüssig, auch schon deshalb, weil inzwischen die Erkenntnis seines wirtschaftlichen Wertes auch in den Kreisen der Wissenschaftler und Unternehmer

hundenen Menschengemeinschaft strömt noch heute auf uns hernieder, wenn wir uns in den Anblick eines Domes, eines Münsters oder einer Kirche versenken. Der ganze Jammer unserer Zeit enthüllt sich uns, wenn wir dagegen feststellen müssen, wie nahe den heutigen Menschen beim Anblick eines modernen großen Gebäudes die Fragen liegen, „was es gekostet haben mag“, oder „welche Firma es gebaut hat“, oder „wieviel Kapital“ es verbrachten hat ob „es sich rentiert“. Das Gespenst aus erzwungener Lohnarbeit und erprehter Dividende grinst uns aus allen Schöpfungen unserer Zeit entgegen.“

Nicht Kulturziele sind es, um bereithalten gearbeitet wird, sondern die Befriedigung der Profitgier ist es. Der Geist der modernen Zeit wird vom Erwerbssinn diktiert. Es ist der kalte Drang nach materiellem Reichum. Die nächsterne Zahl, die kapitalistische Rentabilität ist zum Beherrscher des menschlichen Wirkens geworden. Auch der Mensch wird nach seinem materiellen Vermögen gewertet, nach Aktien oder nach der Rentabilität seiner Arbeitskraft. Die Wertung der Kapitalisten nach der Summe aus den Ziffern seiner Besitztümer, die Wertung des Arbeiters nach Leistungen nicht eines bejeelten Wesens, sondern wie einer Maschine. Der Hochdruck der kapitalistischen Erwerbssgier, erzeugt in den Börsen und Banken, pflanzt sich fort bis in alleellen des Volksebens, in die Orte der Arbeit und des Genusses, bis an den letzten Arbeiter, in das Atelier des Künstlers, in die Studierstube des Gelehrten und in das Arbeitszimmer des Ingenieurs. Aus allen Poren des Volksebens dringt das Gift niedriger Habguth hervor. Wie eine ungeheure Tragik für die Menschheit erscheint es uns, daß auch der schöpferische Mensch seine Kräfte in den Dienst des Nur-Gewinnmachers hat stellen müssen. . . Wie die Handarbeit, ist auch die schöpferische Kopfarbeit zur erkaufte Dienerarbeit für den allbeherrschenden Kapitalismus herabgewürdigt worden. So enthüllt sich der Kapitalismus als ein aus kleinste Anfängen des Handels herausgewachsenes Riesengeschäft, dessen einziger Zweck ein profitbringender Handel mit Dingen, Tieren und Menschen, und dessen einziges Ziel das für die menschliche Seele wertlose Anhäufen materieller Güter ist.“

Es ist ein erhebendes Zeugnis für die moderne Arbeiterklasse, daß in ihr noch Reste eines idealen Menschentums lebendig sind. Die Solidarität, das gegenseitige Zusammen-

zunimmt. Daraus folgt nun nicht, daß letztere überal willig eine Arbeitszeitverkürzung zugestehen werden.

Was auf sozialem Gebiete erreicht wurde, ist Opfervoller Kämpfe, ist die Frucht zähen gewerkschaftlichen Ringens. Je stärker wir in den Gewerkschaften werden, je mehr Mitglieder, an baren Mitteln, an Weisung und Leitung des Kampfergeistes, je vertrauensvoller und je unsere internationalen Bindungen werden, je mehr eine Gruppe die andere, eine Landeszentrale die übrigen stützen kann, desto schnellere und nachhaltigere Erfolge werden wir erzielen.

Die Wiedertehr des Tages, an dem vor 25 Jahren unsere Gewerkschafts-Internationale gegründet wurde, die Erfahrungen in dieser Zeit, besonders in den letzten Jahren, sollen uns alle bewegen, unsere ganze Kraft für die Stärkung unserer Gewerkschaften, für die Genöher der uns noch Fernstehenden, für den nationalen und internationalen Zusammenschluß einsetzen — unter Zeichen des Achttundentages für die Arbeiter der ganzen Welt!

Landeser

Aus dem VII. Bezirk wird uns geschrieben: Die Teilnehmer der bayerischen Großmetallindustrie scheine bedingt den offenen Kampf zu wollen. Abgesehen davon, daß sie die seinerzeit durch Schiedspruch zurückgen Lohnreduzierung wieder in den Vordergrund stellen hält das von ihnen vorgelegte neue Tarifmuster für Mantelvertrag fast durchweg nur Verschlechterungen soll unter anderem der Urlaub verfürzt, die Einteilung Lohnklassen zuungunsten der Arbeiter verschoben und dem Unternehmer das Recht eingeräumt werden, die Arbeiter von sich aus nach Belieben zu fürzen. Um aber voll sicher zu gehen, soll sogar die Abdingbarkeit des Vertrags festgelegt werden.

Am 22. Juni sollte über einen neuen Vertrag gehandelt werden. Den Unternehmern genügte aber die ihr bisheriges Verhalten erzeugte Provolation noch. Sie ließen die Verhandlungen aufliegen, noch bevor gonnun hatten, weil ihnen einer der Verhandlungsteilnehmer auf Arbeitnehmerseite nicht genehm war, obwohl dieser Jahren beteiligt ist. So weit geht also bereits der Dünkel der bayerischen Metallindustriellen, daß sie den Arbeitnehmerorganisationen vorschreiben wollen, wer an den Verhandlungen teilzunehmen hat. Trotzdem gibt es noch Arbeiter und Arbeiterinnen, und gerade in der Metallindustrie ist deren Zahl nicht gering, die für ihren Verband übrig haben. Hoffentlich lernen diese aus obigen Worten und schließen sich ihrer Berufsorganisation an, bevor Fuchtel eines wildgewordenen Unternehmertums noch zu fühlen bekommen.

Das unheimliche Verur

Dresden. (Verurfall.) Am Mittwoch, 16. stürzte der Kollege Donner, von der Firma Pohlmann im Neubau des Straßenbahnhofes an der Walfhertra einer Leiter vom Gerüst. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er dem Krankenhaus Friedrichstadt zugeführt. Er ist Witmer und Vater von drei Kindern. Ob den Abgeselbst ein Verfall durch diesen Unfall trifft, wird noch nicht festgestellt. Wie aber die Kollegen mit ihrer Gesundheit und Kraft umgehen, sei nachstehend einmal festgelegt. Am Samstag, 17. Juni, wurde durch unsern Verbandsvertreter neu eingestellte Arbeiter Eise um Aufklärung über Unfall erucht. Da er keine Auskunft geben konnte, ihm die Feststellung der Namen der Beschäftigten und die Vertretung aufgegeben. Als dann am 19. Juni eintrötte der Arbeitsstelle stattfand, verweigerten die beschäftigten Kollegen jede Auskunft über den Verfall und auch unter ausfälligen Redensarten gegen die

stehen, sind die stärksten Waffen, die dem übrigen Menschheit vollständig fremde Begriffe sind. Und das auch die Unbeständigkeit der Arbeiterbewegung aus. Es ist richtig, daß auch in den Reihen der Arbeiterklasse und Wohlwunt Eingang gehalten haben, daß auch bei den Anfänge der kapitalistischen Erwerbssgier bemerkbar Doch im großen und ganzen ist es immer noch die Klasse, von der am reinsten die besseren Eigenschaften Menschen ausstrahlen. Freuen wir uns dessen und wir, was Grötrupp als das Gegenteil feststellt: hertst der Mensch erst scheinbar über die Naturkräfte scheinbar hat er die außerhalb seines Wesens w Naturkräfte in seine Dienste gezwungen. Während er sie zu lenken, haben sie, über die Menschheit hinausw Eigenkräfte gewonnen und beherrschen ihn als Technik, Wirtschaft. Gebildet von ihrer Herrliche der Mensch nicht, wie sie ihn in den Wahn eines hungers und in ein Jagen nach inhaltslosen Ph hineingetrieben haben. Wie das Volk Juda um das Kalb langte, so veranstaltet das heutige Volk einen Tanz, einen Fortschritt, um das papierne Ungetüm von Aktien, Dividen. Wie eine Gottesgeißel hebt die Sumaterielle Welt die Menschen aufeinander. Und „Die Rentabilitäts- und Buchergespenster, die Zöllner Schatten hinter jedem Schraubstock, hinter jeder hinter jedem Kohlenwagen stehen, müssen erst a Tempel der Arbeit verjagt werden — dann wird die zum Sakrament des Alltags werden können.“ Das gezogene Buch verdient es, daß es in der Arbeitergemeinen Eingang findet und gelesen wird.

Mensch und Technik, zwei ungeahnte Begriffe. Der Technik vermochte der Mensch seinen Reichum materiellen Gütern, an den Genüssen des Lebens gemeinere zu steigern. Und doch oder gerade deshalb Millionen, sind in Deutschland mehr als 2 Millionen jenen ohne Arbeit. Der Reichum, den die Technik brachte, hat also nur einer Klasse, der der Besitzer duktionsgütern, Nutzen gebracht. Wahren wir deshalb Idealismus, unsere Solidarität, die ethischen Teile beiterbewegung, und kämpfen wir dafür, daß der Reichum, den die Technik der Menschheit besichert, Mensch en zugute kommt.

vertreter die Nennung ihres Namens. Deshalb mußte am 21. Juni unter Hinzuziehung eines amtlichen Baukontrolle eine nochmalige Nachprüfung der Gerüste und Leitern vorgenommen werden. Dabei wurden drei Leitern als unbrauchbar von der Arbeitsstelle entfernt. Bei den übrigen Leitern wurden Reparaturen binnen 24 Stunden angeordnet. Bedenke, daß diese Feststellungen vier Tage nach dem Unfall gemacht wurden und kein Kollege den Arbeitgeber Bohlmann (infolge Fehlens Betriebsvertretung) auf die noch immer bestehenden Gefahren aufmerksam machte. Das mußte erst durch den Vertreter in energischer Form geschehen. Unter Mithilfe des Arbeiters und Zimmerer kam dann eine Versammlung der Arbeitsstelle zustande, in der die organisierten Kollegen nach einem Bericht des Kollegen Bohlmann beschloßen, die Arbeit niederzulegen, wenn die unorganisierten Kollegen schädigende Handlungsweise nicht ändern. Diese erklärten sich bereit, der Organisation beizutreten und die Bestimmungen über den Arbeiterschutz innezuhalten. Bemerkenswert ist auf dieser Arbeitsstelle von 82 beschäftigten Berufsarbeitern 12 unorganisierte und 6 Mitglieder anderer Verbände, die durch keinen unserer Kollegen kontrolliert wurden.

Waugetwirtschafliches

Die Beschäftigung der sozialen Baubetriebe. Nach der Statistik „Soziale Bauwirtschaft“ beschäftigten die sozialen Betriebe im Monat April 1926 14 865 Arbeiter und Arbeiterinnen. Gegenüber dem Monat März war dies eine Steigerung von 2121 Arbeitern. Im Durchschnitt beschäftigte ein sozialer Betrieb im Monat April 77 Arbeiter und 5 Angestellte. Wenn die im Baugewerbe ebenfalls in Erscheinung tretende Wirtschaftskrise berücksichtigt, so kann man feststellen, daß die sozialen Baubetriebe sich in befriedigender Weise entwickelt haben. Dies ist um so höher zu veranschlagen, da den sozialen Baubetrieben alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, wovon die Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, die „Soziale Bauwirtschaft“, in jeder ihrer Ausgaben Zeugnis ablegt.

Anteilliche Förderung des Wohnungsbaues. Der Reichstag hat am 31. Mai einem Gesetz zugestimmt, den Kredit von 120 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues bereitzustellen. Danach dürfen Darlehen von Hypothekendarlehen und ähnlichen Instituten auf die von neun Monaten als Zwischenkredit für erste Hypothekengewährer gewährt werden. Man hofft dadurch den Wohnungsbau zu fördern, außerdem das Baugewerbe und die Holzgewerkschaften zu beleben, und damit zugleich die Entlastung des Arbeitsmarktes zu erreichen.

Deutsche Bauausstellung 1928 in Berlin. Wie wir dem „Tagblatt“ entnehmen, ist auf Einladung des Reichsministers Börsch in Anwesenheit maßgeblicher Vertreter der Bauindustrie aller Zweige und prominenter Persönlichkeiten der Baukunst der Plan einer großen, das gesamte Gebiet der Bauwirtschaft umfassenden Ausstellung von beträchtlicher Dauer auf dem Berliner Ausstellungsgelände in der Nähe von Köpenick besprochen worden. Als Ergebnis der regen Diskussion über den gewaltigen Plan, der von allen Seiten begrüßt wurde, konnte festgestellt werden, daß der Gedanke einer Deutschen Bauausstellung Berlin 1928 von allen Größen als einem Bedürfnis der Wirtschaft entsprechend begrüßt wurde. Das Berliner Komitee wurde beauftragt, in enger Verbindung mit dem bereits beim Ausschuss für eine Einheits-Bauausstellung und den übrigen für die Frage beteiligten Verbänden der Bauindustrie und der Bauwirtschaft die erforderlichen Schritte und Verhandlungen einzuleiten, um demnächst in einer neuen Besprechungs-Kommission einen Ausstellungsplan, auf Grund dessen die Beschlüsse über Durchführung und Zeitpunkt der Ausstellung gefaßt werden sollen, vorlegen zu können.

Genossenschaftliches

Konsumgenossenschaft im Großstadtleben. Fast in allen Ländern der Welt, wo die konsumgenossenschaftliche Bewegung Fuß gefaßt hat, waren die Großstädte nur von derselben berührt. Unter den Warenhäusern und Vierteln der großstädtischen Metropolen blühten die Konsumgenossenschaften kümmerlich wie Mauerblümchen. Es nicht nur auf parteipolitische Ursachen zurückzuführen, wie in Berlin, zeigt die Konsumgenossenschaftsentwicklung der Großstadt London, die ebenso zurückgefallen war wie die berlinische. Nun ist dies aber im Laufe der letzten Jahre ganz anders geworden, und Berlin wie weiter entfernt mit dem Konsumverein Wien um die Spitze der Mitgliederzahl stärksten Genossenschaftsorganisation der Welt. An erster Stelle, absolut und relativ, das heißt in bezug auf die Bevölkerungszahl der Konsumgenossenschaft Wien mit rund 170 000 Mitgliedern folgt der Konsumverein London mit 165 000 Mitgliedern, und dann die Konsumgenossenschaft Berlin mit 154 000 Mitgliedern. Dann folgt aber an erster Stelle der „ganz Große“ die „Produktion“ in Paris mit 118 000 Mitgliedern, und dann erst in langsamem Tempo die Pariser Konsumgenossenschaft mit etwa 90 000 Mitgliedern (1924: 84 000). Die Weiterführung der Statistik weist ohne Zweifel ergeben, daß in Deutschland die Zahl der Konsumvereine zwischen 20 000 bis 80 000 Mitgliedern größer ist als in allen übrigen Ländern. Nun ist die Londoner Konsumgenossenschaft aber nicht es für deutsche Genossenschaftler äußerst lehrreich, welcher Stärke der Engländer in wirtschaftlichen Angelegenheiten wird, wenn er sich erst einmal mit ihnen bei 110 659 Mitgliedern im Jahre 1923 betrug der Konsumverein rund 53 Millionen Mark; im Jahre 1925/26 165 000 Mitgliedern rund 80 Millionen Mark. Und in den letzten zwei Monaten des Jahres 1926 wurden 15 200 neue Mitglieder gewonnen. Das „zurückgebliebene“ London hat also sehr bald an die erste Stelle der großen Konsumgenossenschaften der Welt gelangt und alle anderen Mitgliederzahl und Umsatz weit hinter sich lassen.

Da der Geschäftsbericht der Konsumgenossenschaft Berlin über das Jahr 1925 bei einer Mitgliederzahl von 154 000 Familien einen Umsatz von nur 28 Millionen Mark aufweist, so ist leicht zu erkennen, daß der englische Genossenschaftler die wirtschaftliche Bedeutung seiner Unternehmung rascher erfährt und besser zu nützen versteht als der deutsche. Woher es denn auch kommen mag, daß die englische Genossenschaftsfamilie einen durchschnittlichen Jahresumsatz von 800 M. erzielt, während es die deutsche nur auf etwa 208 M. bringt. Im ganzen haben ja die 1814 englischen Konsumvereine mit 4,7 Millionen Mitgliederfamilien einen Jahresumsatz von rund 8700 Millionen Mark, während die rund 2900 deutschen Konsumvereine mit rund 4 Millionen Mitgliederfamilien es im Jahre 1925 kaum auf 1000 Millionen, also noch nicht die erste Milliarde gebracht haben.

Allerdings spielt neben der realpolitischen Veranlassung des genossenschaftlichen Engländer auch die viel weiter ausgebreitete Genossenschaftswirtschaft eine Rolle. So besitzt der Londoner Konsumverein neun Wägereien, in denen wöchentlich 480 000 Laibe Brot hergestellt werden; zur Ausfuhr der Wägereien werden 260 Pferde und 80 Motorwagen benötigt. Es sind aber auch 254 (Berlin 1923) Verteilungsstellen vorhanden für Kolonialwaren, Fleischwaren, Wägereien, Zucker, Schuhe, fertige Kleidung, Eisenwaren, Möbel und Obst und Gemüse. Ein eigenes Landgut beliefert die Mitglieder mit erstklassiger Milch, deren Durchschnittsbedarf pro Woche 873 000 l beträgt. Und 19 Kohlenlager verfahren wöchentlich 2000 Tonnen = 40 000 Berliner Kohle an die Mitglieder. In der genossenschaftlichen Schlächtereierzeugung wöchentlich 54 Stück Rindvieh, 800 Schafe und Lämmer und 106 Schweine geschlachtet, und die Gefrierfleischabteilung hat einen Wochenbedarf von 72 Rindervierteln und 480 Lämmern und Schafen zu decken. Im Punkte Schlächtereierzeugung hat allerdings die Hamburger „Produktion“ mit 800 Stück Rindern, Schweinen, Kälbern und Hammeln im Wochenumsatz den Londoner „Reform“ mit 460 Stück weit überholt.

Aber im ganzen ist doch zu sagen, daß die genossenschaftliche Mentalität des Engländer, das heißt seine ganze geistige Einstellung zu der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, eine viel stärkere ist, und daß man immer noch und leider auf vielleicht noch lange Zeit hinaus wünschen muß, daß die deutschen Arbeiter- und Verbrauchermassen das englische Vorbild einholen und — übertreffen möchten. Wozu eben wirtschaftliche Emsicht in die nächstliegenden eigenen Interessen und Willensenergie auch im Kleinen gehört.

Gewerkschaftliches

Der Keramische Bund. Vor einigen Wochen hat der örtliche Verbandstag der Glasarbeiter mit großer Mehrheit die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband beschlossen. Nunmehr liegt auch das Ergebnis der Abstimmung im Porzellanarbeiterverband vor. Von 151 Wahlstellen mit insgesamt 46 870 Mitgliedern wurden 21 310 gültige Stimmen in 133 Wahlstellen abgegeben. 19 222 oder 90,6 % der abgegebenen Stimmen lauteten für den Zusammenschluß und 2018 oder 9,5 % auf „Nein“. Damit ist die Schaffung eines keramischen Bundes im Fabrikarbeiterverband gesichert. Dieser soll aus den bisherigen Verbänden der Porzellan- und der Glasarbeiter gebildet werden, denen noch die Ziegelarbeiter und die sonstigen Angehörigen der Grobkeramik angegliedert werden, die bisher schon im Fabrikarbeiterverband waren. Außerdem sollen noch die Scheibenlötger von Baugewerksbund abgetrennt werden, während die Ofenheizer als Branchengruppe diesem weiter angehören. Die Verschmelzung wird nach dem Beschluß der drei Verbandsvorstände schon am 1. August vollzogen werden. Der Sitz des keramischen Bundes bleibt in Hannover, während der neue keramische Bund das bisher dem Porzellanarbeiterverband gehörende Haus in Berlin bezieht und von da auch ein eigenes Verbandsorgan „Der Keramische Bund“ herausgegeben wird. Weitergehende Bestrebungen auf die Einbeziehung der Steinarbeiter scheinen noch sehr vorrückt, da der Verband der Steinarbeiter, der die Steinhauer und Pfisterer erfaßt, vorerst noch keine Neigung zeigt, seine Selbstständigkeit aufzugeben.

Die Mehrheit des Fleischerverbandes für die Verschmelzung zu einem Lebensmittel-Industriearbeiterverband. Bei einer Abstimmung haben sich von 12 640 Mitgliedern 6 835 oder 54,1 % beteiligt. Davon stimmten 6 651 oder 97,3 % (52,6 % der Gesamtmitglieder) für den Zusammenschluß aller in der Lebensmittelindustrie Beschäftigten zu einem Industriearbeiterverband und 171 Mitglieder dagegen. Schon 1921 hatte sich eine allerdings geringe Mehrheit für eine Fusion der in Frage kommenden Berufsorganisationen ausgesprochen.

Die Geltung der Tarifverträge gefährdet? Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat am 9. Juni unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Förner einen Schiedsspruch gefällt, der unter anderem vorstellt, daß „sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes es erfordern, besonders zur Vermeidung von Entlassungen, mit den einzelnen Angestellten eine von den Tarifverträgen abweichende Regelung getroffen werden kann. Sollte im Betriebe eine Verständigung nicht zu erzielen sein, dann trifft eine Kommission, bestehend aus je drei von den Vertragsparteien zu ernennenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern eine bindende Entscheidung.“ Diese Bestimmung des Schiedsspruches steht im stärksten Widerspruch zu dem geltenden Tarifrecht. Damit bieten behördliche Organe die Hand für eine Durchbrechung der Tarifvertragsordnung in bezug auf die Unabhängigkeit der Tarifverträge. Der Schiedsspruch ist für die Nordostdeutsche Textilindustrie gefällt worden. Eine ähnliche Bestimmung wurde schon einmal von einem Bremer Schlichtungsausschuß für die dortige Industrie durchzubrühen versucht. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der A.F.A.-Bund im Auftrage der ihm angeschlossenen Verbände beim Reichsarbeitsministerium gegen diese Art von Vermittlungstätigkeit energisch protestiert und verlangt hat, daß das Reichsarbeitsministerium den Schlichtungsbehörden das Fällen derartiger, der Willkür Tür und Tor öffnender Schiedssprüche untersagt. In seiner Eingabe hat der A.F.A.-Bund dem Reichsarbeitsministerium die folgenden Fragen vorgelegt: Ist das Reichsarbeitsministerium bereit, anzuordnen, daß

1. Träger der Tarifverträge nur die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind;
2. Änderungen des Inhalts der Tarifverträge nur von den Vertragsparteien vorgenommen werden dürfen;
3. Schiedssprüche von Schlichtungsbehörden, die den Abschluß von Tarifverträgen ersetzen, keine Fassung erhalten dürfen, die die gesetzlich festgelegte Unabhängigkeit aufheben?

Soll das ohnehin schon etwas brüchige Vertrauen in die Unparteilichkeit der Schlichtungsbehörden der Schlichtungsinstanzen nicht ganz beseitigt werden, dann ist eine schnelle Beantwortung der obigen Fragen dringend erforderlich. Denn wenn die Auffassung an Boden gewinnen sollte, daß „wirtschaftliche Verhältnisse“ Ausnahmen zulassen, dann kann von einem tariflichen Rechte keine Rede mehr sein.

Deutscher Reichsarbeitsminister 1925. Die österreichische Gewerkschaftskommission veröffentlicht jetzt ihren Bericht über den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1925. Das vergangene Jahr war das Jahr der stärksten Krise und Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Vermittlung vorgemerkten Arbeitslosen war höher als in allen den Jahren nach dem Kriege. Zählt man nur jene Organisationen, die bereits Ende 1924 der Gewerkschaftskommission Österreichs angeschlossen waren, dann ergibt sich ein Verlust von 50 778 Mitgliedern oder 6,18 %. Während des Jahres 1925 schloß sich aber der Reichsverband der Gemeindeangestellten der Gewerkschaftskommission an. Er bildet nunmehr mit dem Bunde der öffentlichen Angestellten den „Hauptverband der öffentlichen Angestellten“. Durch den Anschluß dieser großen Organisation ist auch die letzte große freigewerkschaftlich orientierte Organisation zur großen Armee der freien Gewerkschaften gestiegen. Zahlenmäßig wirkt sich dieser Anschluß sehr stark aus. Die Mitgliederzahl betrug Ende des Jahres 30 206, so daß die Zahl der Mitglieder der freien Gewerkschaften gegenüber dem Jahre 1924 eine Abnahme von nur 20 578 oder 2,48 % erfuhr. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß alle Versuche der Unternehmer, die Krise auszunutzen und die Gewerkschaften zu schwächen, nicht den gewünschten Erfolg brachten. Die Gewerkschaften sind stark geblieben und haben immer noch mehr als 800 000 Mitglieder. Immer noch hat Österreich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die stärkste freigewerkschaftliche Bewegung in der Internationale. Die freien Gewerkschaften haben sich besser behauptet, als es bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit zu erwarten war.

Im einzelnen ergibt sich die Mitgliederbewegung aus folgenden Ziffern:

1919	772 148	davon weiblich	193 163
1920	900 820	"	216 175
1921	1 079 777	"	261 540
1922	1 049 949	"	232 712
1923	896 783	"	203 924
1924	828 088	"	190 984
1925	807 515	"	185 922

Beachtenswert ist auch diesmal wieder, daß der Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliederzahl trotz des Mitgliederverlustes gegenüber dem Vorjahre annähernd gleich blieb. Die finanzielle Entwicklung zeigt ein sehr günstiges Bild. Trotz Mitgliederverlustes und trotz des durch die große Arbeitslosigkeit verursachten Ausfalles von Beiträgen haben sich die Einnahmen der freien Gewerkschaften gegenüber 1924 wesentlich erhöht. Die große Krise konnte nicht hindern, daß die Leistung des einzelnen beschäftigten Mitglieds an seine Gewerkschaft gesteigert wurde. Diese Tatsache sagt über die Treue und Aufgeklärtheit der Mitglieder mehr, als große Aufsätze vermöchten. Auch die Ausgaben sind gewachsen. Am stärksten jedoch die Ausgaben für Unterhaltungen und in erster Linie die Unterhaltungen an Arbeitslose. Manche Gewerkschaften haben rund die Hälfte ihrer ordentlichen Einnahmen für Unterhaltungen ihrer Mitglieder ausgeben. Die Zeiten der Krise werden von den Unternehmern zu Vorstößen gegen die sozialpolitische Gesetzgebung benutzt. Alle Angriffe der Unternehmer und der ihnen dienenden Regierung auf die Rechte der arbeitenden Bevölkerung konnten aber abgesehen werden. Ständen die Gewerkschaften in vorderster Reihe des erfolgreichen Abwehrkampfes, so konnten doch darüber hinaus auch wesentliche Lohnerhöhungen erreicht werden.

Sozialpolitisches

Ausdehnung der verlängerten Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung auf die Bauberufe. Ende März hatte der Reichsarbeitsminister Gebrauch von der ihm zustehenden Befugnis gemacht und generell die Bezugsdauer für die Erwerbslosenunterstützung von 26 auf 39 Wochen ausgedehnt. Eine Ausnahme hiervon machten die Erwerbslosen in der Landwirtschaft, Gärtnerei, häuslichen Diensten und den Bauberufen samt der Baustoff erzeugenden Industrie. Da die Voraussetzungen für die Ausdehnung der Bau- und Baustoffindustrie nicht zugefallen haben (die Arbeitslosigkeit in der Bauindustrie beträgt auch zur Zeit noch rund 20 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder), ist nunmehr durch Anordnung vom 9. Juni die Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung auch auf die erwerbslosen „Arbeitnehmer des Baugewerbes mit seinen Hilfsbetrieben und der Baustoffherstellung in allen Bezirken, in denen der Baustoff bisher eine wesentliche Besserung gezeigt hat, auf 39 Wochen“ ausgedehnt. Die ausnahmsweise Behandlung der Arbeitslosen im Bau- und den Bauberggewerben in der Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung ist seit langem unhaltbar gewesen. Die Befugnis der Vorstände der öffentlichen Arbeitsnachweise, die Unterstüthungsdauer in Einzelfällen um weitere 13 Wochen zu verlängern, wird durch die vorstehende Verordnung nicht berührt.

Lohnsteuerabzug bei Entschädigungen für doppelten Haushalt. Arbeiter und Angestellte, die von ihren Betrieben an auswärtige Zweigstellen oder Montagen geschickt werden, erhalten meistens die Kosten für die doppelte Haushaltsführung vergütet. Vielfach ist nun dieser Teil der Vergütung dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterworfen gewesen. Die

Sandhabung war jedenfalls bei den einzelnen Finanzämtern verschieden. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß der Reichsfinanzminister durch Rundschreiben vom 24. Januar 1924 — III C 2 160 — und vom 2. Mai 1925 — IV C 1 1800 — sich damit einverstanden erklärt hat, daß diese in der Regel mit „Auslösungen“ bezeichneten Gelder vom Steuerabzug freizubehalten sind. Entschädigungen für doppelte Hauszahlführung sind als Dienstaufwandsentschädigungen anzusehen, die nach § 38 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes nicht zum Arbeitslohn gehören und daher ohne Abzug auszahlbar sind. Jedoch dürfen sie den durch die auswärtigen Arbeiter entstehenden Mehraufwand nicht übersteigen. Hiernach können bei auswärtigem Wohnort in besonders teuren Orten Entschädigungen bis 11,50 M (an anderen Orten bis 8 M) täglich steuerfrei ausgezahlt werden.

100 Millionen Mark an Besitzsteuern mehr brachte der Kampf gegen die Steuerhinterziehungen durch den Buch- und Betriebsführungsdiens im Jahre 1925. Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags werden die Ergebnisse der Prüfungen alljährlich veröffentlicht. Nachdem die Bekanntgabe erstmalig für 1924 erfolgt war, ist nunmehr auch die Erfolgsübersicht für das Rechnungsjahr 1925 zusammengestellt und dem Reichstag zugegangen. Danach stellen sich die Ergebnisse der Buch- und Betriebsprüfungen in den letzten beiden Jahren folgendermaßen dar:

Festgesetzte Mehrsteuern	Rechnungsjahr	
	1924	1925
Einkommen- und Körperschaftsteuer	52 719 876	47 014 129
Umsatzsteuer	11 299 605	30 812 927
Vermögenssteuer	20 506 965	13 685 741
Sonstige Reichsteuern	1 856 220	6 498 732
Reichsteuern insgesamt	86 382 666	98 011 529
Geldstrafe	6 393 351	7 553 330
Landes- und Kirchensteuer	1 581 578	1 842 202

Insgesamt sind also nahezu 100 Millionen Mark Besitzsteuern infolge der Prüfungen mehr festgesetzt worden; dazu 7,5 Millionen Mark Geldstrafen und 1,8 Millionen Mark Landes- und Kirchensteuern. Dieses Ergebnis entspricht etwa der Summe, die monatlich durch die Lohnsteuer aufgebracht werden soll. Einen Einblick über den Umfang der Buchprüfungen gewinnt man aber erst, wenn man feststellt, auf wieviel Veranlagungsfälle ein Buchprüfungsfall kommt. Bei der Veranlagung für das Jahr 1922 wurden 5,67 Millionen Steuerpflichtige mit ihrem gesamten Einkommen veranlagt. Hierzu kamen noch 44 000 Körperschaftsteuerpflichtige. Nimmt man an, daß sich die Zahl der Steuerpflichtigen in der Zwischenzeit nicht wesentlich verändert hat und daß die Einkommens- und Körperschaftsteuerpflichtigen zugleich umsatz- und vermögenssteuerpflichtig sind, so kommt man zu dem Ergebnis, daß im Rechnungsjahr 1925 auf 70 Veranlagungen ein Buchprüfungsfall entfällt. In dem einzelnen Landesfinanzbezirk ist aber dieses Verhältnis ganz verschieden. Ebenfalls starke Schwankungen weist die Summe der Mehrsteuer auf, die in den einzelnen Landesfinanzbezirken infolge der Prüfungen neu festgesetzt werden konnten. Den Landesfinanzämtern Hannover, Köln und Unterweser ist es gelungen, die Gesamtsumme der neu festgesetzten Steuern gegenüber 1924 auf mehr als das Dreifache zu erhöhen. Andererseits hat sich das Ergebnis beim Landesfinanzamt Stuttgart auf mehr als die Hälfte verringert. Die durchschnittlich im einzelnen Fall neu festgesetzte Steuer betrug im Rechnungsjahr 1924 rund 1400 M, im Rechnungsjahr 1925 rund 1200 M.

Erwerbs- und soziale Hygiene

Tuberkulose und soziale Lage. Im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ vertritt Dr. Georg Rodenader die Ansicht, daß es keine Berufstätigkeit gebe, die an sich Tuberkulose erzeuge. Da die Tuberkulose „nach den mehr oder weniger unabweislichen Evidenzgeheimen“ alle Kreise befallen könne, sei es eine innere Unabwieslichkeit, sie eine Proletariatskrankheit zu nennen. „Es bedarf eines Mißverhältnisses zwischen dem erworbenen Durchschneidungswiderstande, der Arbeitsleistung und der Ernährung, damit es zu einem Ausfallern der Tuberkulose kommt.“ Aber ist nicht in einem großen Teile des schaffenden Volkes gerade heute dieses Mißverhältnis vorhanden? Kann denn bei diesem Mißverhältnis zwischen Ernährung, Arbeit und ihren Bedingungen die Infektion verhütet werden? Ist da Widerstandskraft möglich? Gerade aus neuerer Zeit beweist der Bericht des holländischen Gewerbeaufsichtsrates über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden, wie sehr die Tuberkulose von der sozialen Lage abhängt und warum nach wie vor eine „Proletariatskrankheit“ ist. In diesem Berichte des Aufsichtsrates wird ausdrücklich festgestellt, daß die allgemeinen sozialen Verhältnisse, wie Nahrung, mangelhafte Ernährung und dergleichen, die Ursache der Tuberkuloseausbreitung sind. Der Kampf gegen die Tuberkulose ist also ein Kampf gegen die Unterernährung. Jeder wirtschaftliche Erfolg der Nation heißt deren Widerstandskraft und behütet die Gesundheit.

Berichtensatz

Erfindungsinstitution. Mehr denn je ist der deutsche Erfindungsgeist in den praktischen Berufskreisen außerordentlich tätig. Infolge der schlechten Wirtschaftslage hat sich aber die Unterdrückung der vermehrten Schutzrechte unangenehm bemerkbar gemacht. Wie es nun hier genug Leute gibt, die aus jeder veränderten Lage ihren Nutzen zu ziehen suchen, so sind hier in besonders ergiebiger Weise. Darum ist es notwendig, daß einmal in aller Deutlichkeit vor der Welt die großen, freiwirtschaftlichen Errungnisse gemacht werden, die durch die Unterdrückung schützender und ungeschützter Rechte an jählingem Geschäft gemacht. Die deutsche Erfindungsgeist hat sich in den letzten Jahren überaus reichlich über den Weltmarkt verbreitet, und es muß jedem einleuchten, daß es

heute praktisch ein Nulding ist, alle die vielen Tausende von Schutzrechten auch nur mit bescheidenem Erfolg auf den Markt zu bringen. Angebot und Nachfrage stehen somit bei Erfindungen in einem ungünstigen Verhältnis. Trotzdem wird häufig weiterangemeldet; denn eine Vorprüfung auf Patentfähigkeit und Zweckmäßigkeit erfolgt durchweg nicht. So kommt es beim Gebrauchsmuster in sehr zahlreichen Fällen vor, daß ein und dieselbe Sache mehrfach angemeldet und eingetragen wird. Daß der Wert des Gebrauchsmusters und schließlich auch des Patents allgemein hierunter gewaltig leidet, liegt auf der Hand. Es muß daher unter allen Umständen gewissermaßen zwangsläufig eine Verminderung der wertlosen und unzeitgemäßen Schutzrechte herbeigeführt werden. Nur dadurch wird das Vertrauen in das Schutzrechtswesen zurückerobert und gleichzeitig automatisch auch allen Schädlingen der Boden entzogen werden. Die Wendung zum Guten kann nur von einer vollkommen uneigennützig arbeitenden und scharf kontrollierten Stelle kommen; denn das direkte, rein geldliche Interesse des einzelnen muß bei der Bearbeitung aller Anmeldeangelegenheiten grundsätzlich ausgeschieden. Darum hat die Reichsgewerkschaft Deutscher Erfinder in Hamburg außer der notwendigen Verwertungsorganisation auch selbst eine Anmeldezentrale begründet. Durch dieselbe soll erstrebt werden, außer einer ganz enormen Verbilligung der bisherigen Kosten wieder die alte Wertfreiheit und stabile Verhältnisse in das heutige stark verwässerte Schutzrechtswesen hineinzutragen.

Fachtechnisches

Oderfarben. Zu den in unserem Gewerbe am meisten verwendeten Materialien gehören die verschiedenen Oderarten. Das ist ihrer vielseitigen Verwendbarkeit, der angenehmen Farböne, dann aber auch ihrer Beständigkeit, chemischen Verträglichkeit, und nicht zuletzt ihrer Billigkeit zuzuschreiben. Oder ist eine reine Erdfarbe und man unterscheidet die einzelnen Sorten nach ihrem Ton, der vom hellsten, fasten oder goldigen Gelb bis zum herben Umbra oder bis zu einem kräftigen Rotbraun variieren kann. Durch das Brennen verwandelt sich der Farbstoff in Braun bis Rot, wie man das am besten in dem Unterschied zwischen natürlicher und gebrannter Terra di Siena ersehen kann. Wie durch die Nuance, so unterscheiden sich die Oderfarben auch hinsichtlich der Qualität nach den verschiedenen Fundorten; wir kennen den französischen Oder als besonders vorzüglichen Farbstoff.

Seiner chemischen Natur nach ist der Oder eine durch Eisenoxydhydrat (Rost) gefärbte Erde, die aus speziellen Mineralien (nach Linde: Pyrrhosiderit, Limonit, Kaolinhydrat), mit Beimischung von Ton, Sand, Kalk, Gips und sonstigen Zusätzen besteht. Durch die Natur dieser Erde wird auch die Güte des Oders bestimmt; fetter Ton oder Schiefer als Grundmineral macht auch den Oder fett und zu Delfarben wenig tauglich, Kalk oder kieselhaltige Erde ergibt einen mageren Oder, der für Delfarben besser geeignet ist. Die Färbung durch den Rost ist im Laufe der Zeit auf natürlichem Wege entstanden, ähnlich wie die gelben Partien im Sandstein, vielleicht daß eisenhaltiges Wasser gelbes Eisenoxydhydrat an den Oderfundorten abgelagert hat, oder daß die Odererde selbst eisenhaltiges Gestein enthält, das in der Feuchtigkeit oxydierte und nun die Erde intensiv gelb färbte.

Natürlich löst sich ein solches Naturprodukt nicht unvermittelt verwenden. Es muß von den groben und untauglichen Bestandteilen gereinigt, muß gemahlen und geschlämmt werden. Durch das Schlämmen mit Wasser werden die unvertiklichen und groben Bestandteile entfernt, so daß bei vollkommener Schlammung nur das feine Oderpigment zurückbleibt, das dann getrocknet und von neuem pulverisiert, in der üblichen Weise verpackt wird. Das Schlämmen trägt auch dazu bei, etwa im Rohprodukt vorhandene Bestandteile, die in der Anstrichmasse schädlich für das Bindemittel wären, zu entfernen; meistens sind es in der Odererde enthaltene Salze, die sich in dem Schlammwasser lösen.

Vorausgesetzt, daß der Oder nicht künstlich durch Antifer- oder Chromfarben geschönt ist, ist er absolut wetterbeständig, licht- und kalkfest, er dunkelt nicht nach und bleicht nicht aus. Seine Verwendbarkeit zu Oel-, Seim- und Kalkfarben ist deshalb unbegrenzt. Oel wird allerdings vom Oder in Mengen 40 bis 60 % seines Volumens aufgenommen, so daß das Bindemittel in einem gewissen Uebermaß in reinen Oeloderanstrichen vorhanden ist. Das bewirkt, daß alte, vielfach erneuerte Anstriche gern Rissen ziehen, wenn sie der Sonne ausgesetzt sind. Wegen des großen Oelgehaltes eignen sich reine Oderfarben auch schlecht zu Fußbodenanstrichen, die schnell erhärten sollen. Zwar kann dem Mangelstand durch Zusatz von Trockenmitteln abgeholfen werden, aber die mangelnde Erhärtung wird damit nicht erreicht. Man bemüht deshalb, da für Fußbodenanstriche nun einmal ein feurig hellbrauner Farbenton vorgezogen wird, meistens die sogenannten Fußboden- oder Eisenoder, ein künstliches Erzeugnis, dessen Gehalt an Eisenoxyd größer ist. Diese werden härter, da die Oelaufnahme geringer ist, das Eisenoxyd aber als Sauerstoffträger wirkt. Sie decken auch besser als natürliche Oder, von denen die besten Qualitäten, wie Terra di Siena, nur als Lasurfarben zu verwenden sind.

Fachliteratur

„Der Ladiere“, Zeitschrift für die in Ladierebetrieben beschäftigten Berufskollegen. Nr. 7 ist in doppeltem Umfange erschienen und den Filialen zugestellt. Aus dem Inhalt nennen wir: „Vom Stande unserer Organisation“. Der Aufsatz „Terpenindole, seine Erträge und ihre Gefahren“, ist besonders beachtenswert. Dann folgen „Nationalisierungsprobleme in der Auto-, Maschinen- und Textilindustrie“. Die Artikel „Lauchladierung“, „Amerikanische Lauchladierung und Straßenbahnwagenladierung in Amerika“, „Arbeiterrecht und Sozialversicherung“, „Wirtschaftsförderung durch Sozialpolitik“ geben Aufschluß über Fragen im allgemeinen Interesse. „Aus unserer Sektionen“ bringt Meldungen über besondere Vorgänge in einzelnen Filialen. „Fach-

literatur“ und „Wörter und Schriften“ befehlen Inhalt. Einmalig ist dem „Ladiere“ in Nr. 7 ein Sonderdruck beigegeben, der den Entwurf eines neuen Kellernaplatzes darstellt.

Literarisches

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftslehre. Herausgeber: Theodor Leipziger. 3. Jahrgang 1926. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M. Die Arbeit hat schon in Jahrgang in Aufsätzen von Haspelmeier und Rörpel darauf gewiesen, daß das in der Verfassung gegebene Versprechen eines einheitlichen Arbeitsrechts zu schaffen, nur einzuhalten ist, auch der Aufbau von Arbeitsbehörden nach einem einheitlichen Plan erfolgt. Die Arbeit hat nun diesen für die Gewerkschaften und für den Ausbau der sozialen Demokratie unbedingt wichtigen Fragenkomplex in einem Aufsatz „Arbeitsbehörden“ wieder auf und entwickelt nach einer klaren Über den bisherigen Stand der Dinge einen Plan für ein einheitliches Aufbau der Arbeitsbehörden. Nicht weniger ist eine andere Frage, um deren Klärung in der „Arbeit“ für die Gewerkschaften, insbesondere Franz S. Hartmann, Siegfried, W. Sturmfels und Ernst Meißel bemüht. Die Organisation der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist dem Leser der Zeitschrift der Berliner Gewerkschaften Fritz Bräde, mit großer Sachkunde eine Reihe von positiven Vorschlägen, die die besondere Aufmerksamkeit von allen denjenigen, die sich mit den Problemen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit beschäftigen. Das vor kurzem erschienene Buch „Amerikanische Gewerkschaftslehre“ findet in einem Aufsatz von R. A. P. Hall eine ausführliche kritische Würdigung. Das Problem der „Auswanderung“ wird in umfassender Weise von Dr. Ernst Berger. So hat Erbsmann in den grundsätzlichen Betrachtungen „Zum Problem der Arbeitslosigkeit“ fort und behandelt vor allem die besonderen Punkte der Gewerkschaften im Verteilungsprozess, unter besonderer Betonung der gesamtwirtschaftlichen Tendenzen der Gewerkschaften die bereits zu einer Durchdringung des Individualismus kapitalistischen Wirtschaft geführt haben. Otto Albrecht, einem Aufsatz „Reine Bodenverbesserung“ auch in der „Arbeit“ nach, daß die Verbesserung des reinen Bodenwertes für landwirtschaftliche Grundbesitzer beziehungsweise landwirtschaftliche Betriebe angewendet werden kann. Die Grundbesitzer außer einer Ueberlast über die „Ergebnisse der Arbeitslosigkeit“ insbesondere die „Sozialpolitische Chronik“ und ein halbes Schriftentüberflut.

„Führer und Masse in der Demokratie.“ Von Kurt G. Verlag J. S. W. Die Nachfolger, Berlin. Preis 2,50 M. Deutsche Republik ist arm an guten Demokraten. Noch an Führern, die den Geist erziehen helfen, ohne den die Einrichtungen des neuen Staates ihren Sinn verlieren. Deutschen ist oft genug verriet worden, daß wir von aus unpolitisch und deshalb zu einem lebendigen demokratischen Gemeinwesen nicht fähig sind. Bald hätten wir es müssen! Da ist nicht die sich mit Republik und Demokratie verbunden fühlen, das Buch Kurt Geyers ein großartiges und eine starke Überredung. Es gibt Mut, wieder an politische Aufgabe, an unsere demokratische Zukunft zu denken und mit Herz und Sinn für sie zu arbeiten. Ob wir als Führer, Helfer oder Gefolgschaft fähig sind, ob wir als Staatsbürger aktiv am Geschehen unseres Landes teilnehmen in romantischen Radikalismus befangen abwärts stehen — bietet jedem von uns eine solche Fülle von Klarheit über tatsächliche Lage, wie über den Weg, den wir zu gehen, daß sein Buch nicht dringender genug empfohlen werden kann, als ein Lehrbuch demokratischer Politik und Erziehung, es besser kann denken können.

„Die Einheit der Arbeiterklasse.“ Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands (I.W.P.) hat der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (S.A.I.) den Antrag gestellt, es die Exekutive der S.A.I. der Exekutive der Kommunistischen Internationale eine gemeinsame Konferenz vorzuschlagen mit Aufgabe, die Möglichkeiten der Bildung einer umfassenden nationalen Arbeiterpartei zu untersuchen. Die Exekutive der S.A.I. ist in die Lage kam, diesen Vorschlag zu diskutieren, war die seiner praktischen Durchführbarkeit bereits durch eine Niederlegung entschieden, die er am 20. Februar 1926 im ersten Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gehalten. Zu dieser Niederlegung antwortete Snowjew auf den Vorschlag S.A.I.: „Wir können auf die Selbständigkeit der Exekutive der Kommunisten und der Kommunistischen Partei nicht verzichten.“ Die Exekutive der S.A.I. hat die Exekutive der Kommunisten und der Kommunistischen Partei ist die historische Tatsache. Deshalb lautet unsere Antwort: „Ist es einmal nicht! Wir wollen die Einheit der Arbeiterklasse, aber eine Einheit auf dem Boden des Kommunismus und Sozialismus.“ Trotz dieser brüskalen Ablehnung wurde der Internationale am 11. April 1926 einer eingehenden Diskussion unterzogen und schließlich mit 247 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Dieser Bescheid begründeten Ausführungen der Exekutive der S.A.I. der abschließenden Antwort der englischen Labour Party Exekutive auch ein ausführliches Memorandum des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiter-Internationale als Grundlage der Beratung vor. Da die Veröffentlichung dieses Memorandums in der Internationalen Information nicht allgemein zugänglich ist, wurde es nun im Stand der S.A.I. im Verlag J. S. W. Die Nachfolger, als Broschüre herausgegeben und ist zum Preise von 1 M. 50 Pf. zu haben. Dieser Bericht des Exekutivkomitees der S.A.I. versucht das Organisationsproblem der Einigung der Arbeiterklasse in seinen Hauptlinien klarzulegen und verdient die weiteste Verbreitung.

„Nachbarschaft, Sozialer Roman aus dem russischen Volk.“ Von Karl Kubitz. Penland-Verlag, Hamburg. 1926. 120 S. 1 M. 50 Pf. Die Jahre im Reich haben dem Deutschen ein reiches Angebot gegeben, die Volksepoche in ihren inneren Regungen kennenzulernen. Ihm mit diesem Roman, den er ursprünglich „Manopel“ hatte, eine gute Schilderung der zeitlichen Zustände in seiner Sprache ist einfach, ohne Leidenschaft, im schlichten gehaltvoll. Die Handlung ist aber so abwechslungsreich spannend, daß man das Buch nicht ohne Grund vorlegt, es anzulesen hat. Es ist nicht mit Unrecht ein zeitliches „Lektüre“ genannt worden, hat aber den Vorzug, daß es ein Werk ist, das die Menschen und deren Handlung lebenswahr erscheinen. Nachdem es zuerst im Ausland Zensur verboten war, hat es in Deutschland nun bereits 2. Auflage erlebt.

Vom 27. Juni bis 3. Juli ist die 26. Beitragsperiode.

Sterbefälle

Berlin. (Zahlstelle Neuruppin.) Am 14. Juni starb der Kollege Emil Rünner im Alter von 50 Jahren in Neuruppin.
Cassel. Am 4. Juni starb im Alter von 87 Jahren langjähriges Mitglied Wilhelm Hüge (Zahlstelle Elgershausen) an Lungentuberkulose.
Dresden. (Zahlstelle Stesch.) Am 18. Juni starb langem Krankenlager unser langjähriges treues Mitglied Kollege Ernst Angermann, im Alter von 64 Jahren.
Frankfurt a. M. (Zahlstelle Rödelheim.) Am 1. Juni starb nach langem schweren Leiden unser treuer Kollege Valentin Gondolf im Alter von 70 Jahren. Ihre Ihren Andenken!